

TRANSATLANTIC TRENDS

WICHTIGSTE ERGEBNISSE 2006



TRANSATLANTIC TRENDS

Transatlantic Trends 2006 Partner

G | M | F The German Marshall Fund
of the United States
STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION

COMPAGNIA
di S a n P a o l o

FUNDAÇÃO

LUSO-AMERICANA

Fundación **BBVA**

 the tipping point foundation

INHALT

Wichtigste Ergebnisse 2006 - Bericht	3
I. Trends in den transatlantischen Beziehungen	5
II. Herausforderungen und Bedrohungen auf der globalen Agenda	7
III. Demokratieförderung	16
IV. Eine Zeit des „Nachdenkens“ in Europa	19
V. Fazit	23
Notizen	24



TRANSATLANTIC TRENDS

Einleitung

Methodisches Vorgehen: TNS Opinion wurde beauftragt, die Umfrage in Form von computergestützten Telefoninterviews durchzuführen. Nur in Bulgarien, Polen, der Slowakei, Rumänien und der Türkei wurden die Daten wegen der geringeren Dichte an Telefonanschlüssen in face-to-face Interviews (Direktbefragung) erhoben. In jedem Land wurde eine Zufallsauswahl von ca. 1.000 Frauen und Männern ab 18 Jahren befragt. Die Interviews wurden zwischen dem 6. und 24. Juni 2006 durchgeführt.

Bei den Ergebnissen auf der Basis der nationalen Stichproben in jedem der 13 befragten Länder kann mit 95%iger Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Fehlerquote aufgrund der Auswahl oder anderer Zufallseffekte plus/minus drei Prozentpunkte beträgt. Bei den Ergebnissen, die die gesamteuropäische Stichprobe betreffen (n=12044), beträgt die Fehlerquote plus/minus ein Prozentpunkt. Die durchschnittliche Antwortquote lag in allen 13 Ländern, die an der Umfrage teilnahmen, bei 23,4%.

Die europaweiten Zahlen wurden nach der Größe der volljährigen Bevölkerung des jeweiligen Landes gewichtet. Sofern nicht anders angegeben, stammen die Vergleichsdaten aus den Studien Transatlantic Trends 2003-2005 und/oder aus Worldviews 2002 (www.transatlantictrends.org).

Nach Abschluss der Auswertungen werden die Umfragedaten beim Inter-University Consortium for Political and Social Research (Interuniversitäres Konsortium für Politik- und Sozialwissenschaftliche Forschung, ICPSR) an der Universität Michigan hinterlegt, wo sie Wissenschaftlern und anderen Interessenten zur Verfügung stehen. Zum Zeitpunkt der

Drucklegung sind die Daten für die Jahre 2002 bis 2004 über das ICPSR verfügbar. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem ICPSR-Katalog auf www.icpsr.umich.edu.

Hinweis zu den europäischen Durchschnittswerten:

Seit 2003 wurden laufend weitere europäische Länder in die Umfrage aufgenommen. Die Aufnahme neuer Länder hat den europaweiten Durchschnitt zwar beeinflusst, die Auswirkungen waren in der Regel jedoch statistisch nicht signifikant. Zur besseren Übersichtlichkeit haben wir deshalb mehrere unterschiedliche Durchschnitte so behandelt, als ob sie Teilmenge eines Durchschnitts wären. So werden die EU6- und EU7-Durchschnitte als Teil des EU9-Durchschnitts und der E10-Durchschnitt als Teil des E12-Durchschnitts aufgeführt. Weitere Informationen zur Zusammensetzung der europäischen Durchschnitte finden Sie in der unten stehenden Tabelle.

TABELLE DER EUROPÄISCHEN DURCHSCHNITTSWERTE:

JAHR	DURCHSCHNITT	LÄNDER
2002	EU6	Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen und Vereinigtes Königreich
2003	EU7	Wie EU6 sowie Portugal
2004 - 2006	EU9	Wie EU7 sowie Slowakei und Spanien
2004 - 2005	E10	Wie EU9 sowie Türkei
2006	E11	Wie EU9 sowie Bulgarien und Rumänien
2006	E12	Wie E10 sowie Bulgarien und Rumänien



Wichtigste Ergebnisse 2006 - Bericht

Auch fünf Jahre nach dem 11. September 2001 hat sich das internationale Ansehen der Vereinigten Staaten vom jähen Einbruch nach dem Irakkrieg nicht erholt. Auf der offiziellen Ebene hat es jedoch Bemühungen um eine Wiederannäherung gegeben, wobei die transatlantische politische Agenda auf neue globale Bedrohungen und Probleme verlagert wurde. So erklärte der für Europa zuständige Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Daniel Fried, vergangenen Herbst: „Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa ist nicht mehr so stark auf sich selbst bezogen ..., vielmehr geht es heute darum, wie wir gemeinsam arbeiten können“. Auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso bemerkte vor kurzem, dass „die Beziehungen zwischen EU und USA ... sich im vergangenen Jahr deutlich gefestigt (haben), wir arbeiten systematisch zusammen, um Lösungen für gemeinsame Herausforderungen in Politik, Wirtschaft und Umwelt zu stellen“. In der diesjährigen Ausgabe von Transatlantic Trends, unserer fünften jährlichen Meinungsumfrage, analysieren wir, ob und wie sich dieser Geist der Zusammenarbeit auf offizieller Ebene in der amerikanischen und europäischen öffentlichen Meinung zu einer Reihe globaler Bedrohungen und politischer Fragen widerspiegelt.

Die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (unter der Führung Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs), den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, ist wohl das bekannteste Beispiel für die verbesserte Konsultation und politische Koordination. Die USA und die EU arbeiteten im letzten Jahr auch auf dem Balkan, in Weißrussland und im Sudan eng zusammen. Gleich-

zeitig setzte sich die öffentliche Diskussion auf beiden Seiten des Atlantiks mit Vorwürfen über geheime CIA-Gefängnisse in Europa, die anhaltende Gewalt im Irak und angeblichen Menschenrechtsverletzungen im US-Gefangenenlager Guantanamo Bay auf Kuba auseinander. Nach den jüngst vereitelten Anschlägen auf Transatlantikflüge in London stellt sich die Frage: Nehmen Amerikaner und Europäer die Bedrohung durch internationalen Terrorismus und islamischen Fundamentalismus grundsätzlich anders wahr? Wo ziehen sie bei der Terrorabwehr die Grenze zwischen Freiheit und Sicherheit? Was sollten ihre Regierungen ihres Erachtens gegen die Bedrohung eines nuklear bewaffneten Irans unternehmen, insbesondere wenn die Diplomatie scheitert? Wie sehen sie die wachsende Stärke Chinas oder die zunehmende Immigration in ihre eigenen Staaten? Unterstützen Amerikaner und Europäer noch die Nato, die auf einem Gipfel in diesem Herbst wegweisende Entscheidungen über ihre Zukunft treffen soll? Wie stehen Amerikaner und Europäer angesichts der Instabilität im Nahen Osten zur Demokratieförderung und deren Chancen in der Region?

Die Aussichten für die transatlantische Zusammenarbeit sind zum Teil durch innenpolitische Entwicklungen in den USA und Europa bedingt. Wir gehen deshalb in den USA den Unterschieden zwischen Demokraten und Republikanern bei den Themen Iran, Demokratieförderung und bürgerliche Freiheiten im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen am 7. November 2005 nach. Trotz der Ablehnung des EU-Verfassungsvertragsentwurfs in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 stellen wir europaweit eine anhaltend starke Zustimmung zu einer globalen Führungsrolle der EU und zu Reformvorschlägen

¹ Briefing der Pressestelle für die ausländische Presse (Foreign Press Center), New York, 19. September 2005. <http://fpc.state.gov/fpc/53530.htm>

² EU-USA-Gipfel, Wien 2006. http://ec.europa.eu/comm/external_relations/us/sum06_06/index.htm

wie dem neuen EU-Außenminister fest. Im Gegensatz zu den öffentlichen Debatten über „Erweiterungsmüdigkeit“ lassen unsere Ergebnisse darauf schließen, dass sich die Europäer der Vorteile einer Erweiterung der EU bewusst sind. Gleichzeitig sind die Europäer nach wie vor geteilter Meinung über die Stärkung ihrer militärischen Fähigkeiten und ambivalent in der Frage des EU-Beitritts der Türkei. In die diesjährige Umfrage wurden zudem zwei neue Länder, Rumänien und Bulgarien, aufgenommen, die der EU bereits 2007 beitreten könnten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch der Türkei, die sich angesichts der wachsenden Instabilität und Gewalt an ihren Grenzen im Nahen Osten von den USA und von Europa abzuwenden scheint.

Transatlantic Trends ist eine umfassende jährliche Meinungsumfrage unter Amerikanern und Europäern. Die Befragungen wurden in den Vereinigten Staaten und in 12 europäischen Ländern durchgeführt (Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, Türkei und Vereinigtes Königreich). Die Umfrage ist ein Projekt des German Marshall Fund of the United States und der Compagnia di San Paolo mit zusätzlicher Unterstützung durch die Fundação Luso-Americana, die Fundación BBVA und die Tipping Point Foundation.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE DIESER UMFRAGE³

- Die große Mehrheit der Amerikaner und Europäer ist sich in der Bewertung globaler Bedrohungen einig. Am stärksten gestiegen ist die Anzahl jener, die den islamischen Fundamentalismus als „sehr ernst zu nehmende“ Bedrohung ansehen. Dies gilt insbesondere für das Vereinigte Königreich mit einem Anstieg um 22 Prozentpunkte.
- Für eine globale Führungsrolle der EU gibt es seit 2002 starke Unterstützung. Gefragt, welche Mittel sie dabei einsetzen sollten, sind die Europäer jedoch geteilter Meinung. So stimmen 46% zu, dass die EU ihre militärische Fähigkeiten ausbauen sollte, 51% sind dagegen.
- 65% der Europäer sind der Ansicht, dass die EU ihren eigenen Außenminister haben sollte, einer der maßgeblichen Reformvorschläge im Verfassungsvertragsentwurf.
- 79% der Amerikaner und 84% der Europäer stimmen zu, dass die Bemühungen, den Iran vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten, fortgesetzt werden sollten. Lediglich 15% der Amerikaner und 5% der Europäer halten ein militärisches Eingreifen für die beste Option.
- Für den Fall, dass nichtmilitärische Optionen gegenüber dem Iran erfolglos bleiben sollten, würden 53% der Amerikaner, die dafür sind, den Iran vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten, militärischen Schlägen zustimmen. Bei den Europäern sind es durchschnittlich nur 45%. Allerdings würden auch 54% der befragten Franzosen militärischen Schlägen zustimmen, falls nichtmilitärische Optionen scheitern.
- Amerikaner und Europäer sind sich in der Frage nach der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit im Rahmen der Terrorabwehr weitgehend einig. Sie lehnen weitere staatliche Befugnisse bei der Überwachung von Telefongesprächen ab. Doch sind sie bereit, dem Staat mehr Befugnisse bei der Überwachung des Internets und bei der Installation von Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen einzuräumen. Uneins sind sie sich darin, ob die staatlichen Befugnisse bei der Überwachung von Bankgeschäften ausgeweitet werden sollten. Dieses lehnen mehr Amerikaner als Europäer ab.
- Innerhalb der USA sind die Meinungen bei der Frage der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit entsprechend der Parteizugehörigkeit geteilt. So ist die Mehrheit der Demokraten gegen zusätzliche staatliche Befugnisse bei der Überwachung von Telefongesprächen, der Kommunikation im Internet und von Geldtransfers bei Banken, während die Republikaner mehrheitlich dafür sind. Anhänger beider Parteien sind dafür, mehr Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen zu installieren.
- 56% der Amerikaner und Europäer glauben nicht, dass die Werte des Islam mit den Werten der Demokratie vereinbar sind. Jeweils eine Mehrheit ist jedoch auch der Ansicht, dass das Problem bei bestimmten islamischen Gruppierungen liegt, und nicht im Islam an sich begründet ist. Dem schließen sich 66% der Demokraten und 59% der Republikaner an.
- Die Unterstützung der Europäer für die Nato sank von 69% im Jahr 2002 auf 55% im Jahr 2006. Der größte Rückgang wurde in Ländern verzeichnet, die traditionell starke Befürworter der Nato waren, wie Deutschland, Italien, Polen und der Türkei.
- 63% der Europäer sind der Ansicht, dass eine erneute Erweiterung der Europäischen Union ihr dabei helfen wird, eine wichtigere Rolle in der internationalen Politik zu spielen, und 62% meinen, dass eine erneute Erweiterung Frieden und Demokratie entlang ihrer Grenzen fördern wird.
- Die Gefühle der Türkei gegenüber den USA und Europa haben sich abgekühlt; gleichzeitig sind sie gegenüber dem Iran wärmer geworden. Auf einer Gefühlsskala mit 100 Punkten gingen die positiven Gefühle der Türken gegenüber den USA von 28 im Jahr 2004 auf 20 im Jahr 2006 und gegenüber der EU von 52 auf 45 zurück. Im gleichen Zeitraum stiegen die positiven Gefühle der Türken gegenüber dem Iran von 34 auf 43.

³ Sofern nichts anderes angegeben ist, beziehen sich alle europaweiten Ergebnisse auf die Eu-12, mit Ausnahme der Abschnitte eins, drei und vier, in denen wir auf die langfristigen Trends eingehen, und der Fragen, in denen wir die Meinungen der aktuellen EU-Mitgliedstaaten untersuchen.



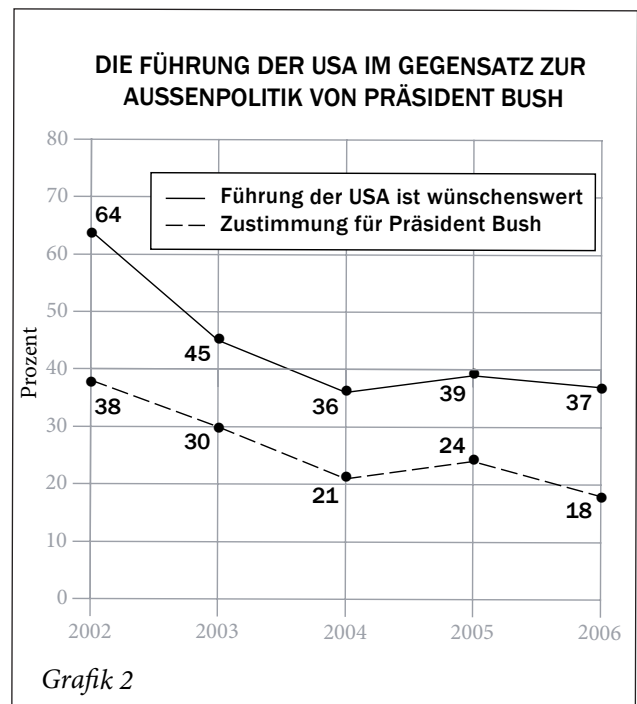
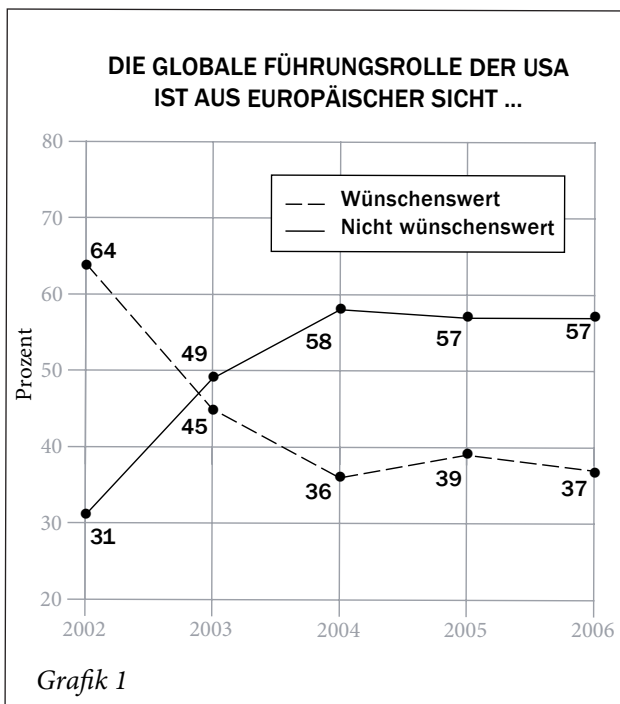
I. Trends in den transatlantischen Beziehungen

Auf offizieller Ebene hat sich das transatlantische Verhältnis im zurückliegenden Jahr Berichten von amerikanischen und europäischen Entscheidungsträgern zufolge verbessert. Trotzdem weisen die meisten Beobachter darauf hin, dass sich das Bild der USA und Präsident Bushs in der europäischen Öffentlichkeit seit deren vehementer Ablehnung des Irakkriegs 2003 nicht verbessert hat. Die neue deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zwar den Tenor der deutsch-amerikanischen Beziehungen verändert. Doch dem herzlichen Ton ihres Besuchs in Washington und dem freundlichen Empfang Präsident Bush in Deutschland steht eine anhaltende Debatte über die mutmaßliche Auslieferung eines Bundesbürgers an die CIA und über die Behandlung der Gefangenen in Guantanamo Bay gegenüber. Wie hat die öffentliche Meinung auf die Veränderungen auf offizieller Ebene reagiert? Hat die negative Ein-

stellung gegenüber US-Präsident Bush in Europa, wie warnende Stimmen meinten, zu einer generell negativen Wahrnehmung der USA geführt? Spiegelt sich das negative Bild der USA in der europäischen Einstellung zur Nato wider?

ANHALTENDE VERSCHLECHTERUNG BEI DER BEURTEILUNG DER USA SEIT 2002

Der Anteil der Europäer, die eine führende Rolle der USA in der internationalen Politik für wünschenswert halten, sank von 64% im Jahr 2002 auf 37% in diesem Jahr, der Anteil derjenigen, die sie ablehnen, stieg von 31% auf 57%. Den stärksten Rückgang unter den europäischen Ländern verzeichnet Deutschland, und zwar von 68% im Jahr 2002 auf 43% im Jahr 2006. Dieser Meinungsumschwung ist seit 2004 praktisch unverändert geblieben. Lediglich drei europäische



⁴ Siehe *America Against the World: How we are different and why we are disliked (Amerika gegen die Welt: Wie wir anders sind und warum man uns nicht mag)*, Andrew Kohut/Bruce Stokes, New York, Times Books, 2006.

Länder sehen die führende Rolle der USA stärker positiv als negativ: die Niederlande (51% gegenüber 44%), Rumänien (47% gegenüber 35%) und das Vereinigte Königreich (48% gegenüber 45%). Auch bei der Bitte, Gefühle gegenüber den USA auf einer 100-Punkte-Gefühlsskala zu bewerten, gingen die europäischen Durchschnittswerte von 64 im Jahr 2002 auf 51 im Jahr 2006 zurück (siehe Grafik 1).

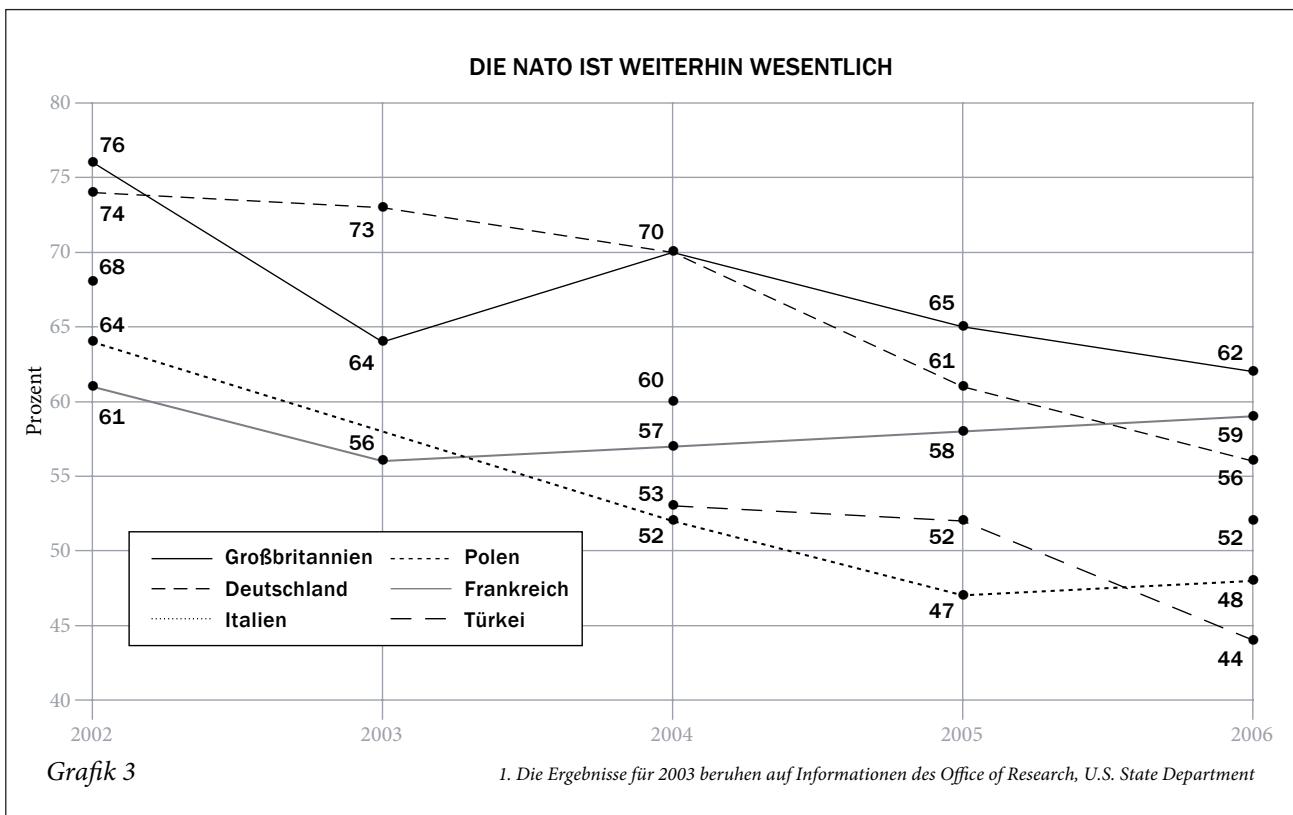
DIE EUROPÄER UNTERSCHIEDEN WEITERHIN ZWISCHEN PRÄSIDENT BUSH UND DEN USA

Die Europäer unterscheiden nach wie vor zwischen ihrer Beurteilung Präsident Bushs und der USA allgemein. Die Zustimmung der Europäer zur Aussenpolitik von US-Präsident Bush ging von 38% im Jahr 2002 auf 18% für 2006 zurück. Immerhin liegen die Zustimmungsraten für die Führungsrolle der USA in der Weltpolitik 19 Prozentpunkte über den Zustimmungswerten für Präsident Bush. Diese Differenz ist in den letzten fünf Jahren fast unverändert geblieben. Auch in den Vereinigten Staaten selbst hat die negative Einstellung gegenüber Präsident Bush zugenommen. Erstmals seit 2002 gibt es dort mehr Gegner

(58%) als Befürworter (40%) der Aussenpolitik von Präsident Bush. Wie zu erwarten war, sind unter den Demokraten (83%) weitaus mehr dagegen als unter Republikanern (19%). Bei beiden Parteien gibt es jedoch mehr negative Stimmen als vor einem Jahr (siehe Grafik 2).

RÜCKGANG DER EUROPÄISCHEN ZUSTIMMUNG ZUR NATO

Der Prozentsatz der Europäer, die meinen, dass die Nato für die Sicherheit ihres Landes wichtig ist, hat seit 2002 Jahr für Jahr abgenommen, von damals 69% auf 55% im Jahr 2006. Den größten Rückgang verzeichnen Länder, die traditionell als starke Nato-Befürworter gelten. So fiel in Deutschland die Zustimmung von 74% (2002) auf 56% (2006) und in Italien von 68% (2002) auf 52% (2006). In Polen ging sie von 64% im Jahr 2002 auf 48% für 2006 zurück, in der Türkei von 53% im Jahr 2004 auf 44% für 2006. In den USA stieg dagegen die Zustimmung zur Nato von 56% im Jahr 2002 auf 61% für 2006 (siehe Grafik 3).



⁶ Rede auf dem Brüsseler Transatlantik-Forum (Brussels Forum) 2006, 28. April 2006
http://www.gmfus.org/brusselsforum/template/transcript_detail.cfm?id=2

EUROPÄER WOLLEN UNABHÄNGIGER SEIN, AMERIKANER BEGINNEN DEM ZUZUSTIMMEN

Eine Mehrheit der Europäer (55%) hält es für angebracht, dass Europa eine unabhängigere Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt (im Gegensatz zu 50% im Jahr 2004). Der größte Teil der Amerikaner will zwar engere Beziehungen, ihr Anteil ging jedoch von 60% (2004) auf 45% (2006) zurück. Der Prozentsatz der befragten Amerikaner, die ein unabhängigeres Verhältnis wollen, stieg von 20% (2004) auf 30% (2006). Von allen europäischen Staaten wollen Rumänien (51%) und Polen (41%) am ehesten eine enge Bindung zu den USA. Lediglich in Frankreich und Italien wuchs seit dem letztem Jahr der Anteil jener, die engere Beziehungen wollen, und zwar in Frankreich um 9% (auf 30%) und in Italien um 6% (auf 35%).



II. Herausforderungen und Bedrohungen auf der globalen Agenda

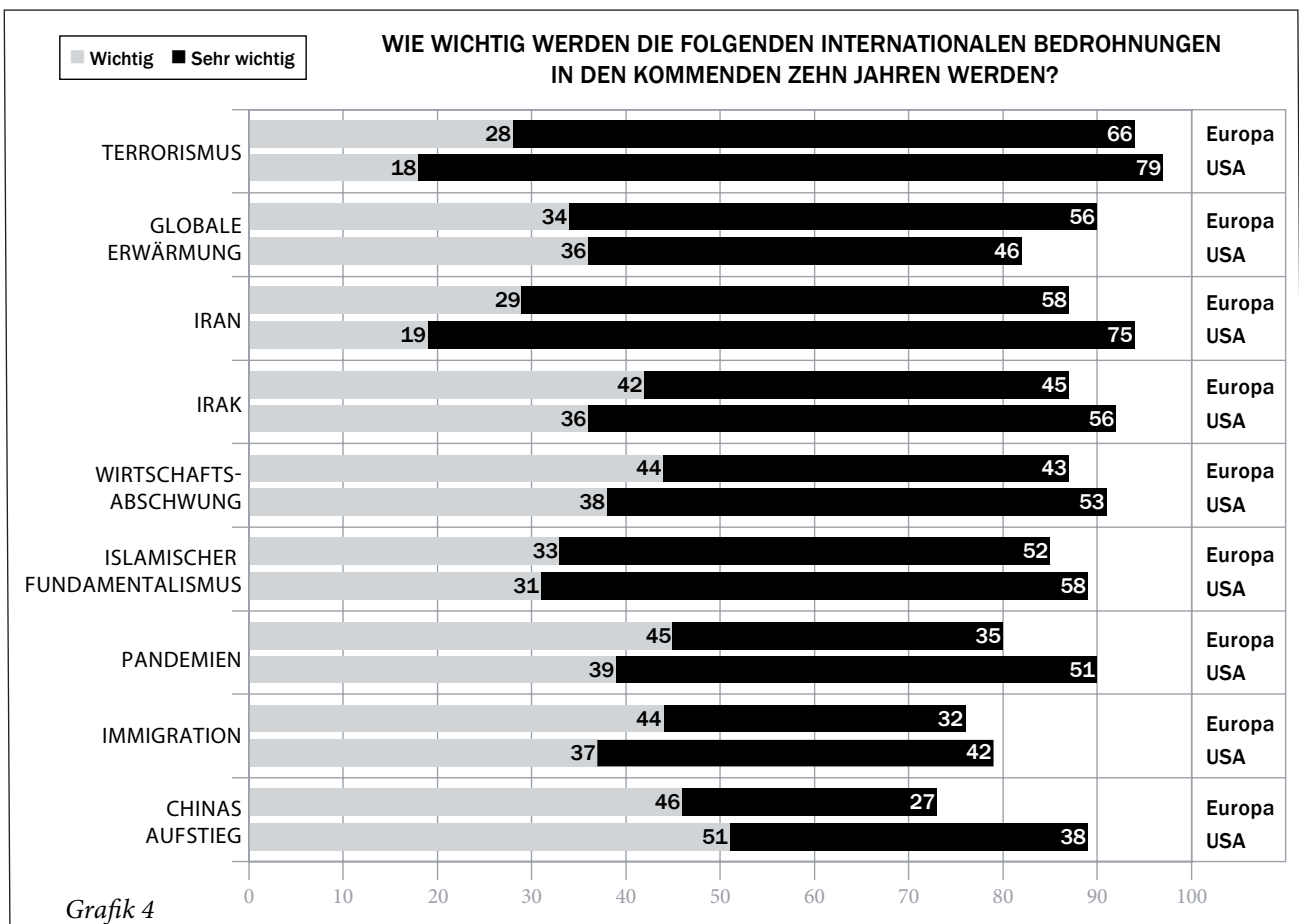
Javier Solana, Hoher Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, beschrieb die transatlantische Agenda vor kurzem so:

„Worüber wir begonnen haben nachzudenken, ist, wie wir die vielen Probleme auf der internationalen Agenda, zusammen lösen ...“ Aber haben Amerikaner und Europäer wirklich dieselbe Weltsicht? Nach jahrelangen Meinungsunterschieden zum Nuklearprogramm des Iran einigten sich die Vereinigten

Staaten und die Europäische Union (angeführt von Deutschland, Frankreich und Großbritannien) letztes Jahr auf eine gemeinsame transatlantische Position und veränderten damit die Verhandlungsposition des Westens von Grund auf.

Nach den Bombenanschlägen in der Londoner U-Bahn im Juli 2005, den Angriffen auf europäische Botschaften und Konsulate im Nahen Osten nach der Veröffentlichung satirischer Karikaturen des Propheten Mohammed in einer dänischen Tageszeitung und dem jüngst vereitelten Terroranschlag

weiter auf Seite 13



⁵ Die Transatlantic Trends Umfrage wurde vor 2004 nicht in der Türkei durchgeführt

MEINUNGEN DER AMERIKANER UND EUROPÄER ÜBER DEN IRAN

Inwieweit sind die Amerikaner und Europäer gewillt, das ganze Spektrum politischer Optionen gegenüber dem Iran zu unterstützen, insbesondere falls es trotz aller diplomatischen Bemühungen oder gar UN-Resolutionen, nicht gelingen sollte, das iranische Atomprogramm abzuhalten? Wir stellten Fragen sowohl zu den gegenwärtigen Vorstößen, um den Iran vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten, als auch zu möglichen künftigen Optionen wie wirtschaftlichen Anreizen, wirtschaftlichen und politischen Sanktionen oder, wenn alle diplomatischen Mittel scheitern, einem Militärschlag. Aus dem Meinungsspektrum zu aktuellen und künftigen Optionen entsteht ein Gesamtbild der öffentlichen Meinung in den USA und Europa zum Umgang mit einem atomar bewaffneten Iran – von der militärischen Intervention bis zur Duldung.

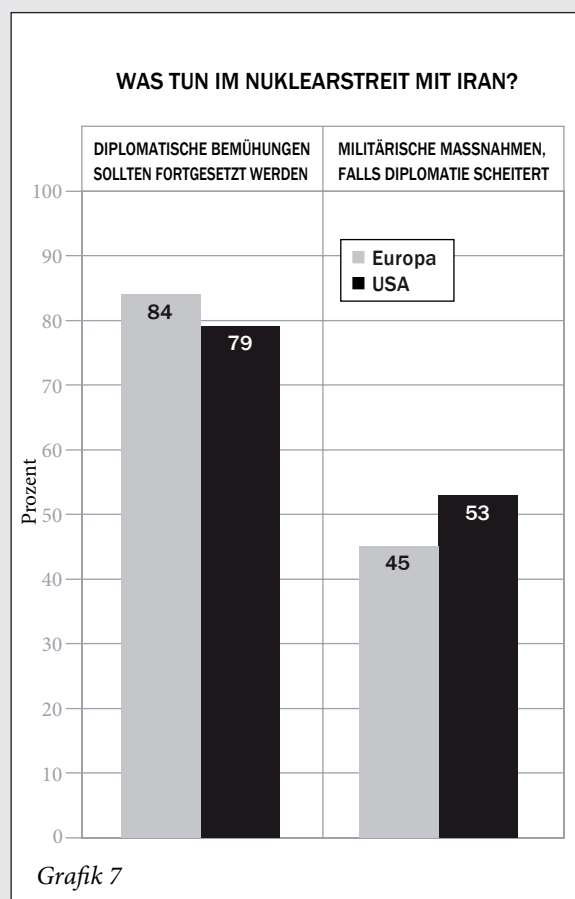
MEHRHEITEN UNTERSTÜTZEN DIE AKTUELLEN BEMÜHUNGEN GEGEN DAS IRANISCHE ATOMPROGRAMM

79% der Amerikaner und 84% der Europäer wollen, dass die Bemühungen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, den Iran vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten, fortgesetzt werden. Auf die Frage nach dem besten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, zieht der größte Anteil der Amerikaner (36%) derzeit wirtschaftliche Sanktionen vor, der größte Anteil der Europäer (46%) hingegen wirtschaftliche Anreize. Nur ein sehr kleiner Prozentsatz von Amerikanern (15%) und Europäern (5%) findet, dass Militäraktionen aktuell die beste Option sind (siehe Grafik 7).

AMERIKANER UND FRANZOSEN FÜR MILITÄRISCHE INTERVENTION IM IRAN, FALLS ANDERE OPTIONEN FEHLSCHLAGEN

Im Falle des Scheiterns nichtmilitärischer Optionen, würden 53% derjenigen Amerikaner, die die Bemühungen unterstützen, den Iran vom Erwerb von Atomwaffen

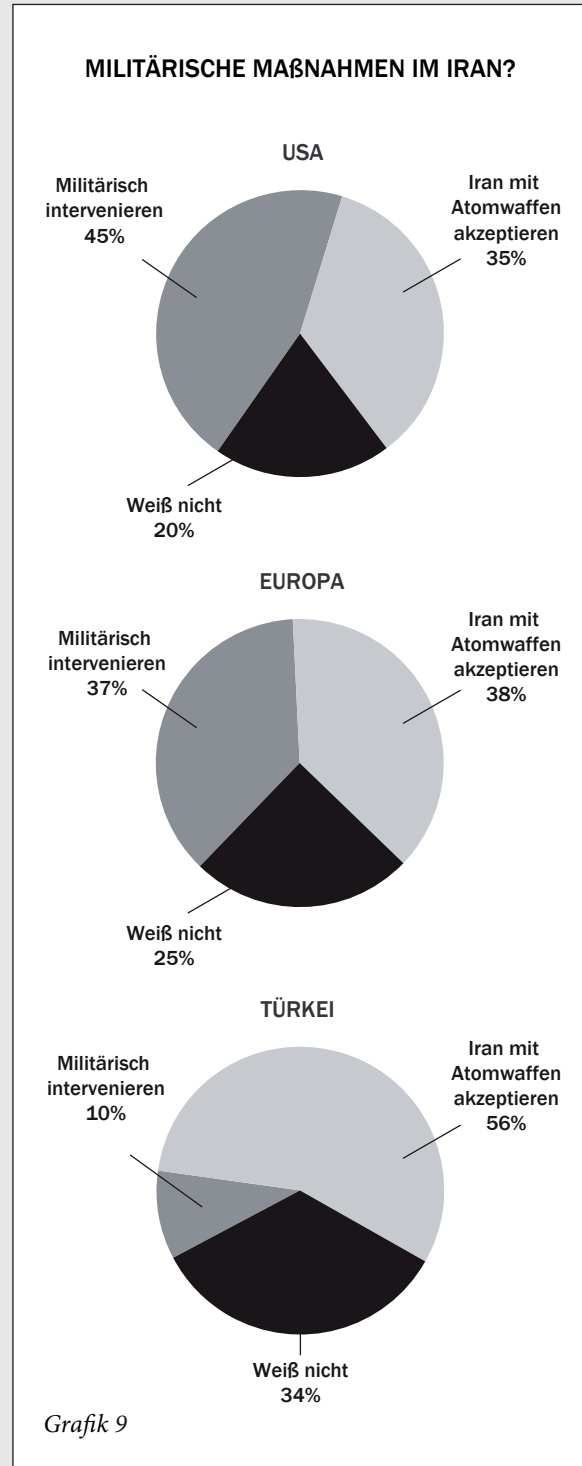
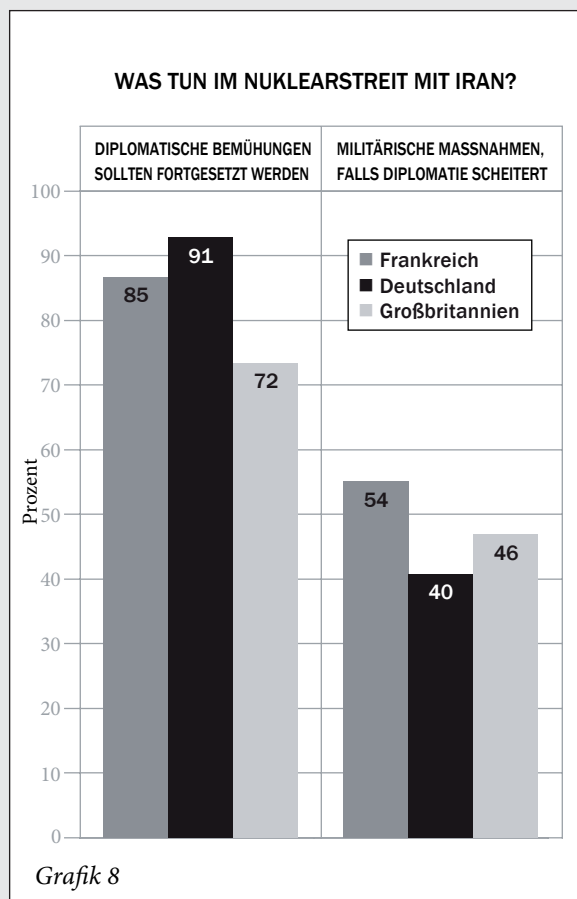
abzuhalten, Militäraktionen zustimmen. Bei den Europäern sind es nur 45%. Von den Befragten in den Ländern, welche die Verhandlungen mit dem Iran für die EU anführen, würden im Falle eines Scheiterns nichtmilitärischer Optionen 54% der befragten Franzosen Militäraktionen zustimmen, gefolgt von 46% der britischen und 40% der deutschen Befragten. Der jeweils größte Anteil der Befragten in den USA (36%) und Europa (47%) stimmt zu, dass die Vereinten Nationen das Problem möglicher iranischer Atomwaffen am besten lösen können. Dies gilt sowohl für die Befragten,



die bereit sind, eine Atommacht Iran zu akzeptieren, als auch für diejenigen, die Militäreinsätze gegen den Iran befürworten. Lediglich 9% der Europäer gegenüber 22% der Amerikaner glauben, dass die USA die Frage am besten lösen können.

MEHR AMERIKANER ZUM EINSATZ MILITÄRISCHER GEWALT GEGEN IRAN BEREIT

Fasst man die Meinungen der Amerikaner und Europäer zu den gegenwärtigen und künftigen Optionen gegenüber dem Iran zusammen, zeigt sich, dass 45% der Amerikaner dem Einsatz von Gewalt entweder jetzt oder bei einem Scheitern nichtmilitärischer Optionen zustimmen würden, 35% der Amerikaner einen nuklear

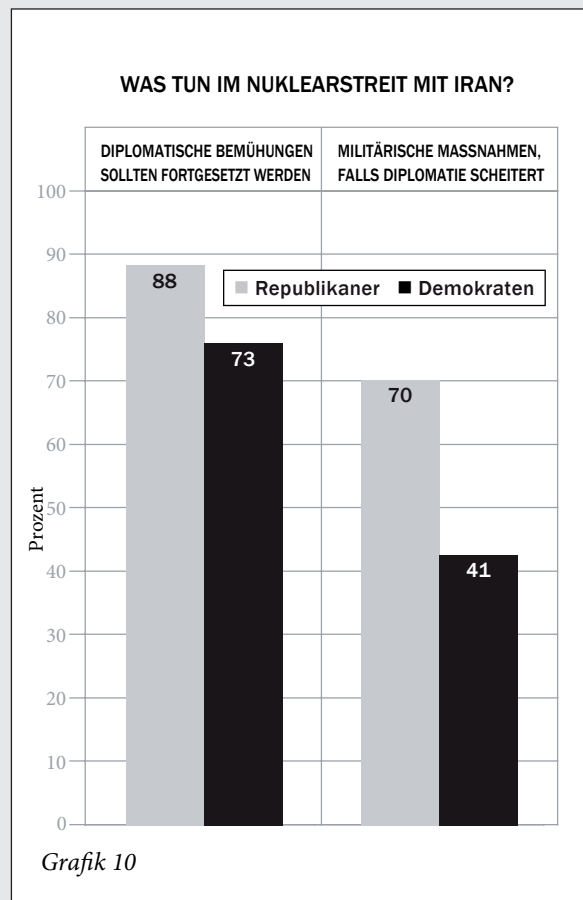


bewaffneten Iran akzeptieren würden und 20% über die weitere Vorgehensweise unsicher sind. Die Europäer (E11) sind in nahezu gleichgroße Lager gespalten, denn 37% würden dem Einsatz von Gewalt entweder jetzt oder bei einem Scheitern der nichtmilitärischen Optionen zustimmen, während 38% einen nuklear bewaffneten Iran akzeptieren würden und 25% sich über die richtige Vorgehensweise nicht sicher sind. Bei den türkischen Befragten würden nur 10% dem Einsatz von Gewalt entweder jetzt oder bei einem Scheitern der nichtmilitärischen Optionen zustimmen, 56% dagegen eine Atommacht Iran akzeptieren. 34% sind sich nicht sicher. (siehe Grafik 9).

AMERIKANER EINIG ÜBER VERHINDERUNG EINES ATOMAR BEWAFFNETEN IRANS, ABER UNEINIG ÜBER MILITÄRISCHE OPTION

In den USA stimmt eine überwältigende Mehrheit von Demokraten und Republikanern (73% bzw. 88%) darin überein, die gegenwärtige Bemühung fortzusetzen, um den Iran vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten. Nur eine jeweils kleine Minderheit beider Parteien hält Militäraktionen schon jetzt für die beste Option (15% der Demokraten und 19% der Republikaner). Für den Fall eines Scheiterns nichtmilitärischer Optionen gehen die Meinungen der Parteien jedoch auseinander. So würden 70% der Republikaner, aber nur 41% der Demokraten unter diesen Umständen Militäraktionen unterstützen. (siehe Grafik 10).

Bezüglich der Frage wer das Problem am besten lösen könnte, unterscheiden sich die Meinungen ebenfalls nach Parteizugehörigkeit. Der Großteil der Demokraten (46%) spricht sich für die Vereinten Nationen aus, während der größte Teil der Republikaner (34%) die USA favorisieren.



Fortsetzung von Seite 9

auf Transatlantikflüge stehen die Gefahren von Terrorismus und islamischem Fundamentalismus erneut im Zentrum der öffentlichen Debatte. In diesem Abschnitt beschäftigen wir uns mit öffentlichen Ansichten zu den politischen Optionen angesichts des iranischen Nuklearprogramms. Wir gehen auch den amerikanischen und europäischen Einstellungen zu Einwanderung, globaler Erwärmung, der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Abschwungs und Chinas Aufstieg nach. Wir fragen zudem, wie auf verschiedene Bedrohungen zu reagieren ist – ein komplexes Thema, bei dem unterschiedliche Traditionen, Institutionen und Politiken eine Rolle spielen. Da die Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit zum Teil von Entwicklungen innerhalb der Vereinigten Staaten und Europas abhängen werden, arbeiten wir sowohl Unterschiede innerhalb Europas als auch Differenzen zwischen den Parteien in den USA heraus.

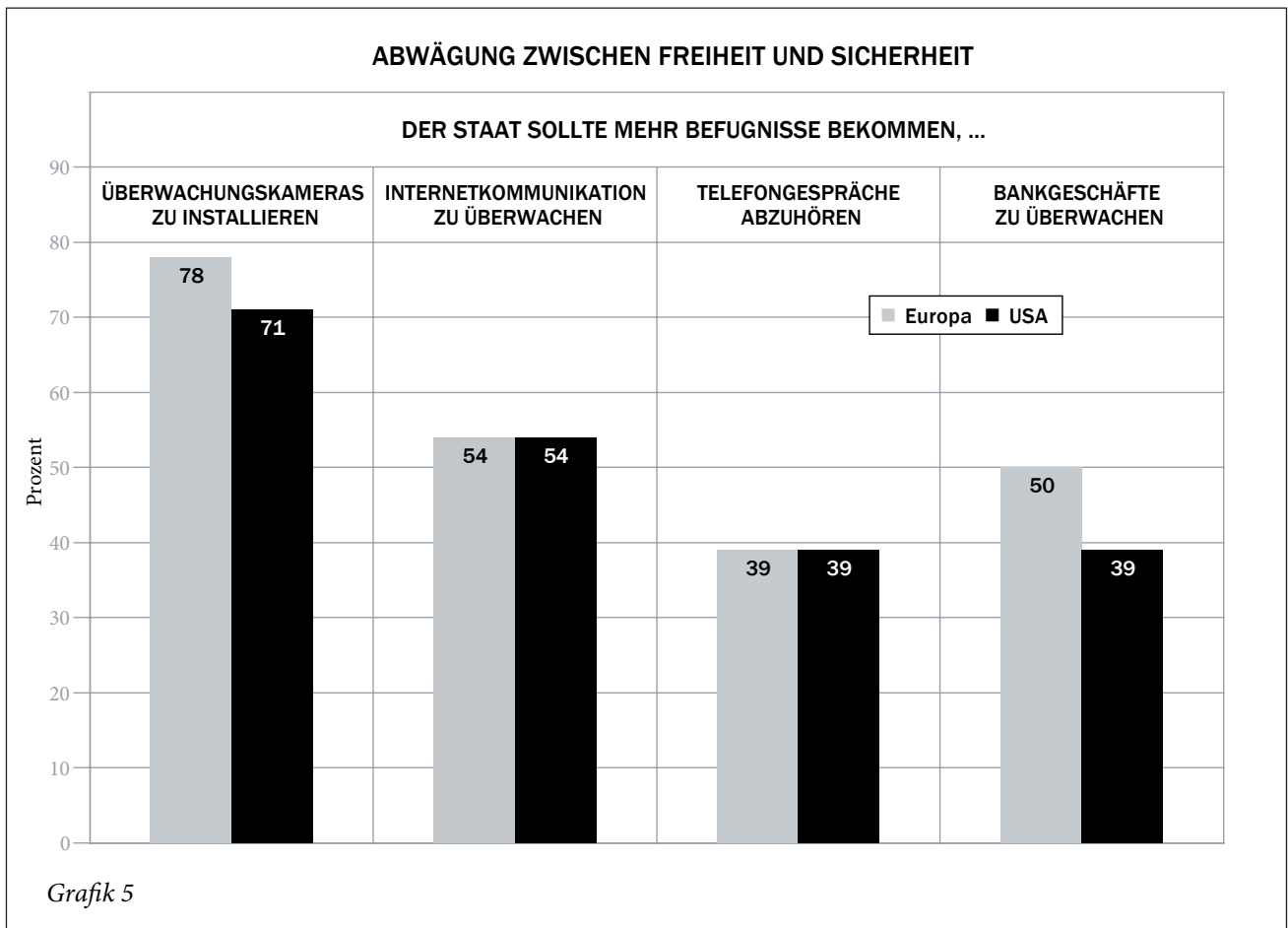
EINIGKEIT BEI AMERIKANERN UND EUROPÄERN ÜBER GLOBALE BEDROHUNGEN

Jeweils eine große Mehrheit, nämlich über 70% der Ameri-

kaner und Europäer, ist sich nach wie vor in der Bewertung eines breiten Spektrums internationaler Bedrohungen in den nächsten zehn Jahren einig, darunter internationaler Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, Migration, weltweite Ausbreitung von Epidemien wie der Vogelgrippe, globale Erwärmung, der Aufstieg Chinas sowie Gewalt und Instabilität im Irak. Die Intensität der Bedrohungswahrnehmung ist indes bei Amerikanern in allen diesen Fällen mit Ausnahme der globalen Erwärmung höher als bei den Europäern (siehe Grafik 4).

WACHSENDE ANGST VOR ISLAMISCHEM FUNDAMENTALISMUS

Die größte Veränderung bei den Bedrohungswahrnehmungen im Vergleich zum Vorjahr war der Zuwachs bei den Befragten auf beiden Seiten des Atlantiks, die den islamischen Fundamentalismus als „sehr ernst zu nehmende Bedrohung“ ansehen (+13% der Amerikaner, +11% der Europäer). Den stärksten Anstieg gab es in Europa im Vereinigten Königreich (+22%), in Italien (+19%) und in Spanien (+12%).



IRAN GRÖßERE BEDROHUNG ALS IRAK

Deutlich mehr Amerikaner und Europäer sehen in einem atomar bewaffneten Iran eine „sehr ernst zu nehmende Bedrohung“ (75% bzw. 58%) als in der anhaltenden Gewalt und Instabilität im Irak (56% bzw. 45%). Bei den Europäern findet sich der höchste Prozentsatz der Befragten, die im Erwerb von Atomwaffen durch den Iran eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung sehen, in Portugal (69%), Spanien (68%), Deutschland (67%) und Polen (64%). Den Irak halten vor allem Spanien (53%) und das Vereinigte Königreich (52%) für eine Bedrohung. Weitere Informationen zur Einstellung der Amerikaner und Europäer gegenüber dem Iran finden Sie im Begleitkasten auf Seite 10.

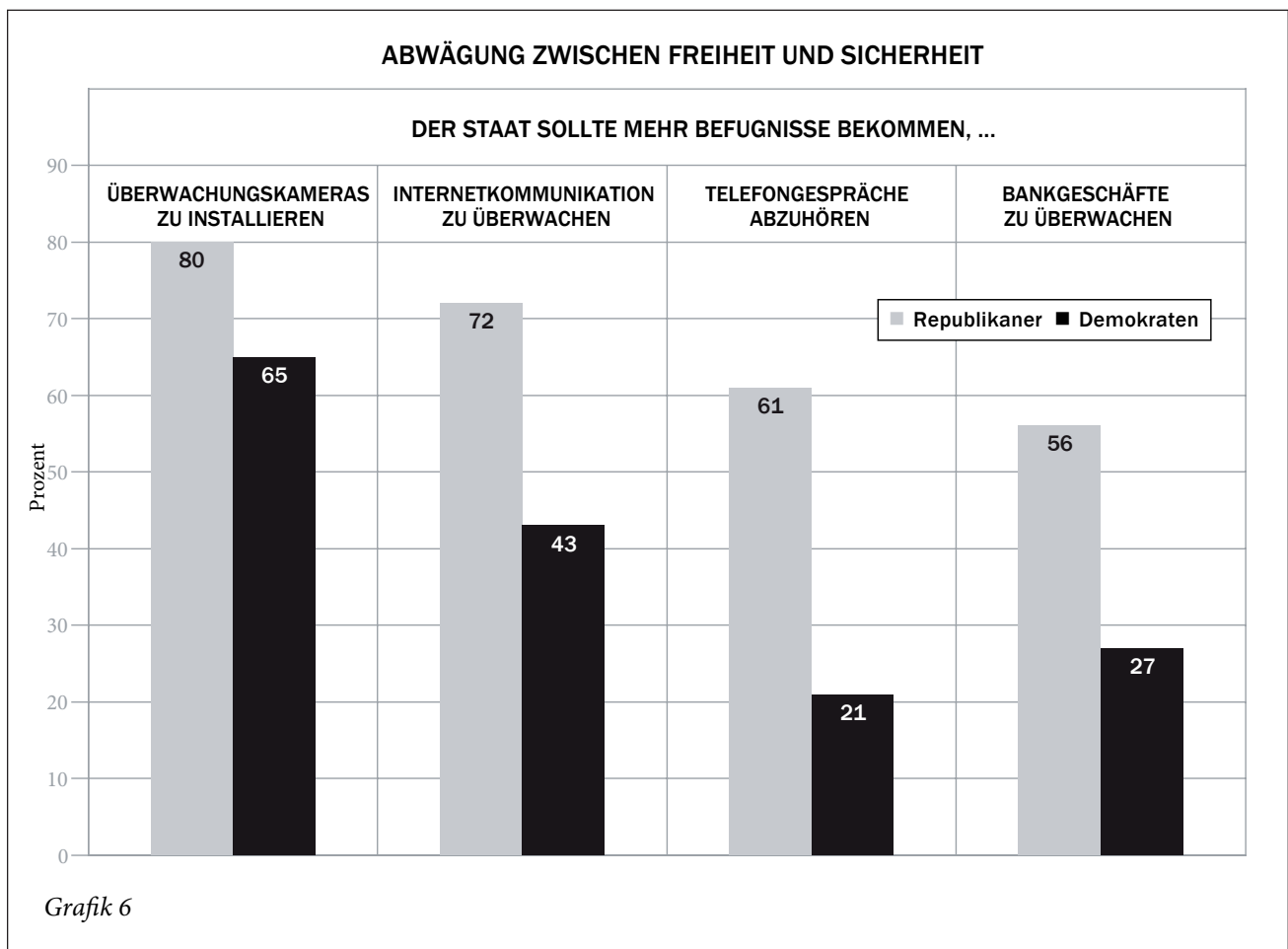
WEITGEHENDE EINIGKEIT ÜBER ZUMUTBARE EINSCHRÄNKUNGEN DER GRUNDRECHTE BEI DER TERRORABWEHR

Obwohl die öffentliche Diskussion zu der Annahme verleiten könnte, dass Amerikaner und Europäer unterschiedliche Meinungen über die Bekämpfung des Terrorismus haben, stellen wir weitgehende Einigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks darüber fest, wie die Abwägung zwischen Freiheit und

Sicherheit zu treffen ist. 59% der Amerikaner und der Europäer lehnen es ab, dem Staat zur Abwehr von Terrorismus mehr Befugnisse bei der Überwachung von Telefongesprächen zu geben. Amerikaner und Europäer sind indes dafür, die Kommunikation im Internet stärker vom Staat überwachen zu lassen (54% der Amerikaner und Europäer dafür) und mehr Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen zu installieren (71% der Amerikaner und 78% der Europäer dafür). Uneins sind sie sich hingegen über mehr Befugnisse bei der Überwachung von Bankgeschäften. 58% der Amerikaner sind dagegen, 50% der Europäer dafür (siehe Grafik 5).

UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN ZUM AUFSTIEG CHINAS BEI AMERIKANERN UND EUROPÄERN

Auf die Bitte, ihre Einstellungen gegenüber China auf einem 100-Punkte-Thermometer zu bewerten, reagieren Amerikaner und Europäer fast identisch (46 bzw. 45). Dagegen finden 38% der Amerikaner gegenüber nur 27% der Europäer, dass der Aufstieg Chinas eine „sehr ernst zu nehmende Bedrohung“ in den nächsten zehn Jahren ist. In den Vereinigten Staaten bezieht sich diese Wahrnehmung besonders auf die

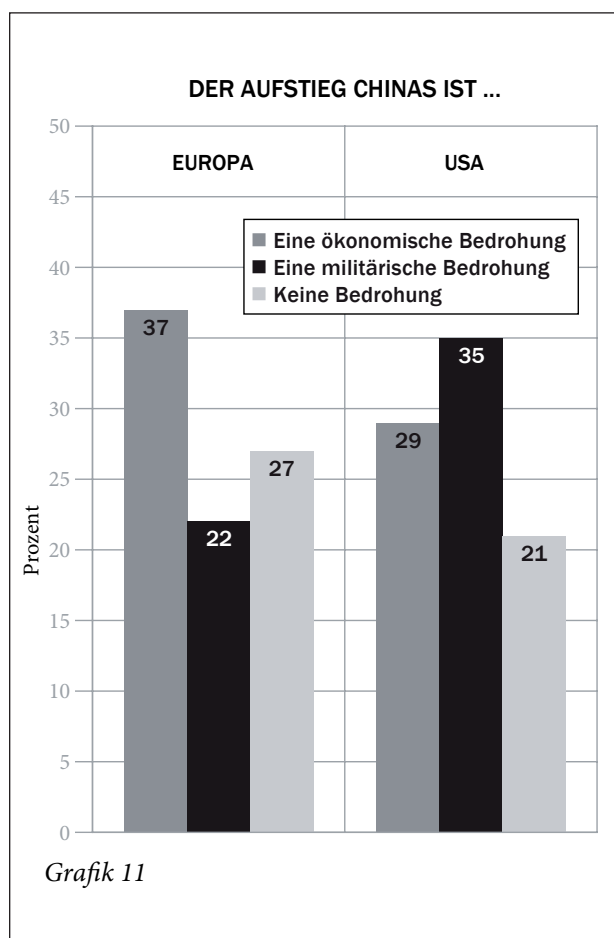


expandierende militärische Macht Chinas (35%), während die Europäer sich mehrheitlich über die wachsende chinesische Wirtschaft Sorgen machen (37%). Bei den Europäern fühlen Frankreich (53%), Portugal (52%) und Italien (51%) sich am meisten durch die chinesische Wirtschaft bedroht. Innerhalb der USA sind die Demokraten stärker über die wirtschaftliche (37%) als über die militärische Bedrohung (28%) beunruhigt, die Republikaner hingegen mehr über die militärische (42%) als über die wirtschaftliche Bedrohung (21%) (siehe Grafik 11).

EINWANDERUNG WIRD AUF BEIDEN SEITEN DES ATLANTIKS ALS BEDROHUNG AUFGEFASST

79% der Amerikaner und 76% der Europäer empfinden die Vorstellung einer massenhaften Immigration in ihr Land als bedrohlich. Auf beiden Seiten des Atlantiks nahm der Prozentsatz der Befragten, die Einwanderung als „sehr ernst zu nehmende Bedrohung“ ansehen, seit 2005 zu, in den USA von 35% auf 42%, in

Europa von 27% auf 32%. Dieser Aussage stimmen wesentlich mehr Republikaner (51%) als Demokraten zu (29%). Bei den Europäern findet sich der höchste Prozentsatz von Befragten, die Einwanderung als sehr ernst zu nehmende Bedrohung ansehen, in Spanien (49% gegenüber 28% 2005), dem Vereinigten Königreich (42%) und Portugal (41%).





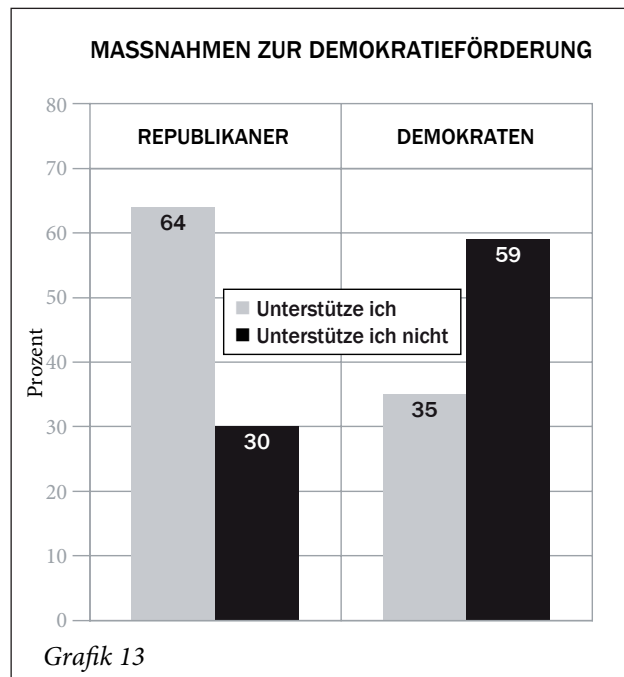
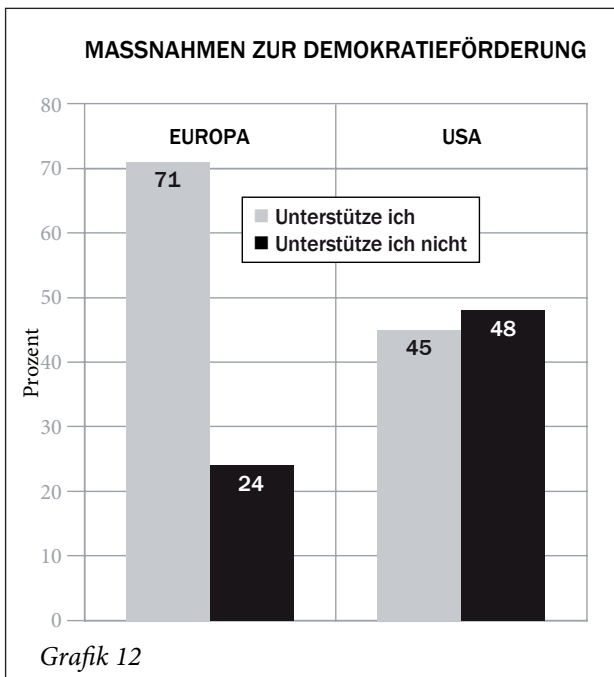
III. Demokratieförderung

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union erklärten auf ihrem jährlichen Gipfel 2006: „Wir erkennen an, dass die Ausbreitung der Demokratie eine strategische Priorität unseres Zeitalters ist.“ Die beiden Partner haben auf dem westlichen Balkan in der Frage des endgültigen Status des Kosovo und bei der humanitären Hilfe im Sudan, eng zusammen gearbeitet. Die Wahlen einer hamasgeführten Regierung in Palästina und eine Regierung im Libanon unter Beteiligung der Hisbollah haben jedoch schwierige Fragen über die Demokratieförderung im Nahen Osten und über die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie - ohnehin ein komplexes Thema, bei dem es auch um das Verhältnis von Religion und Staat geht - aufgeworfen. In den Transatlantic Trends des letzten Jahres war festzustellen, dass mehr Europäer als Amerikaner die Demokratieförderung unterstützten, beide Seiten aber dabei den Einsatz ziviler Mittel deutlich vorzogen. Dieses Jahr hakten wir nach, um herauszufinden, ob dieser Befund stabil geblieben

ist und wie weit die öffentliche Zustimmung angesichts der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten geht.

NACHLASSENDE ZUSTIMMUNG ZUR DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN DEN USA

Gefragt, ob es Aufgabe der Europäischen Union sein sollte, bei der Förderung von Demokratie in anderen Ländern zu helfen, stimmten 71% der Europäer zu. Diese Zahl ist seit 2005 fast unverändert geblieben. 45% der Amerikaner stimmten der Frage zu, ob dies Aufgabe der Vereinigten Staaten sein sollte. Dies sind 7% weniger als im letzten Jahr. Wie 2005 verlaufen die Meinungsdivergenzen entlang der Parteigrenzen. So stimmen dieser Frage nur 35% der Demokraten, aber 64% der Republikaner zu. Diese Prozentsätze bedeuten Rückgänge der Zustimmung in beiden Parteien (-8% bei Demokraten und -12% bei Republikanern) (siehe Grafik 12 und 13).



⁷ EU-USA-Gipfel, Gemeinsame Erklärung des Wiener Gipfels, 21. Juni 2006. http://ec.europa.eu/comm/external_relations/us/sum06_06/docs/decl_final_210606.pdf

RÜCKGANG DER ZUSTIMMUNG ZUM EINSATZ MILITÄRISCHER MITTEL ZUR FÖRDERUNG DER DEMOKRATIE

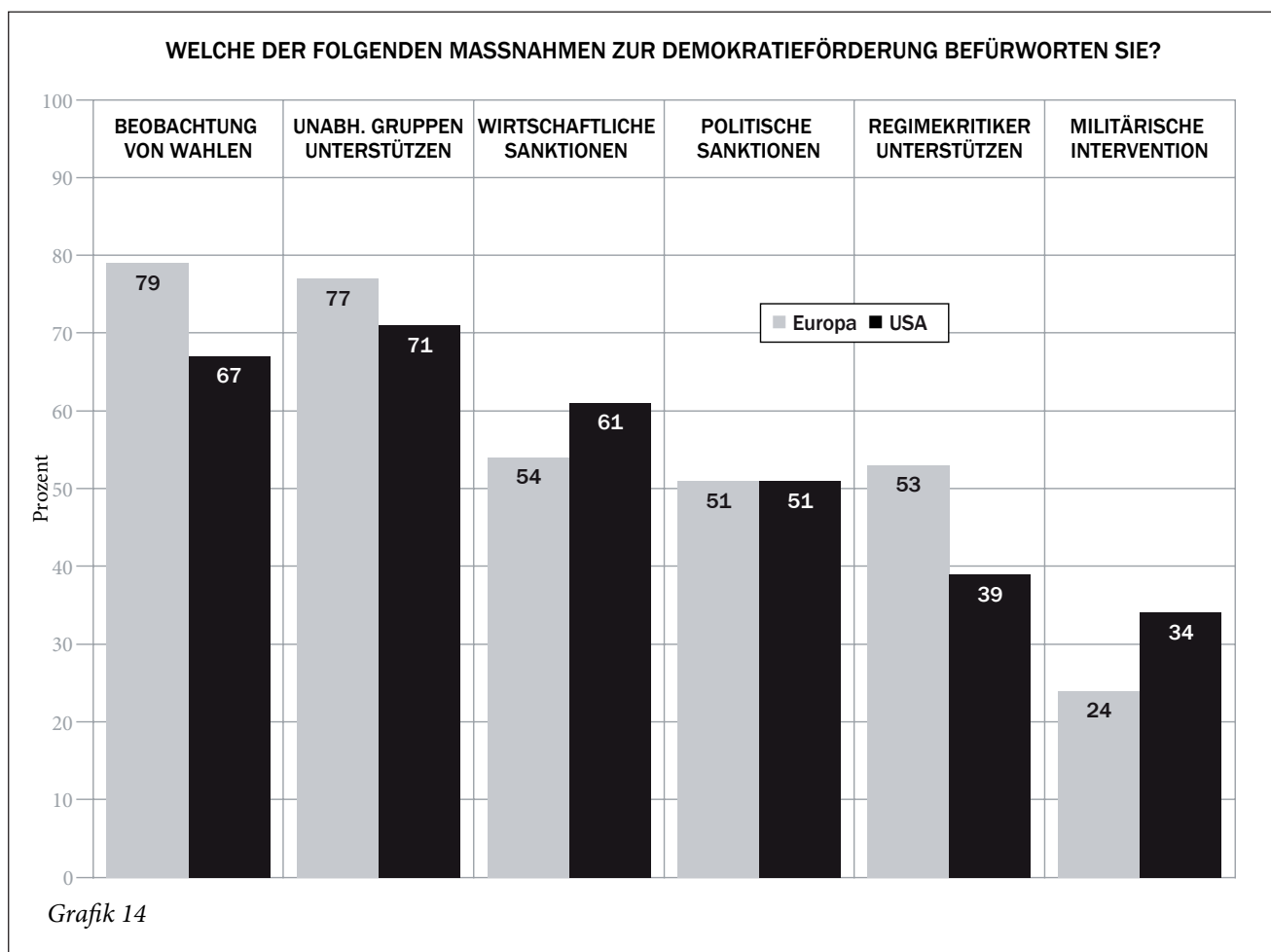
Vor die Wahl zwischen einer Reihe verschiedener Formen der Demokratieförderung gestellt, äußern Amerikaner und Europäer eine starke Zustimmung zu „weichen“ Optionen wie der Beobachtung von Wahlen (79% der Europäer, 67% der Amerikaner) und der Unterstützung von unabhängigen Gruppen wie etwa Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und religiösen Gruppen (77% der Europäer, 71% der Amerikaner). Wird nach „härteren“ Optionen wie wirtschaftlichen Sanktionen, Unterstützung von Regimekritikern, politischen Sanktionen oder gar dem Einsatz militärischer Gewalt gefragt, nimmt die Zustimmung ab. Diese Prozentsätze sind seit letztem Jahr weitgehend unverändert geblieben. Einzige Ausnahme: die Zustimmung zum Einsatz von Streitkräften ging auf europäischer Seite um 8% auf 24% zurück. In den Vereinigten Staaten hing die Zustimmung zum Einsatz militärischer Mittel weiterhin stark von der Parteizugehörigkeit ab. So äußerten nur 28% der Demokraten, aber 54% der Republikaner ihre Zustimmung (siehe Grafik 14 und 15).

ZUSTIMMUNG ZUR DEMOKRATIEFÖRDERUNG, AUSSER WENN ISLAMISCHE FUNDAMENTALISTEN GEWÄHLT WERDEN

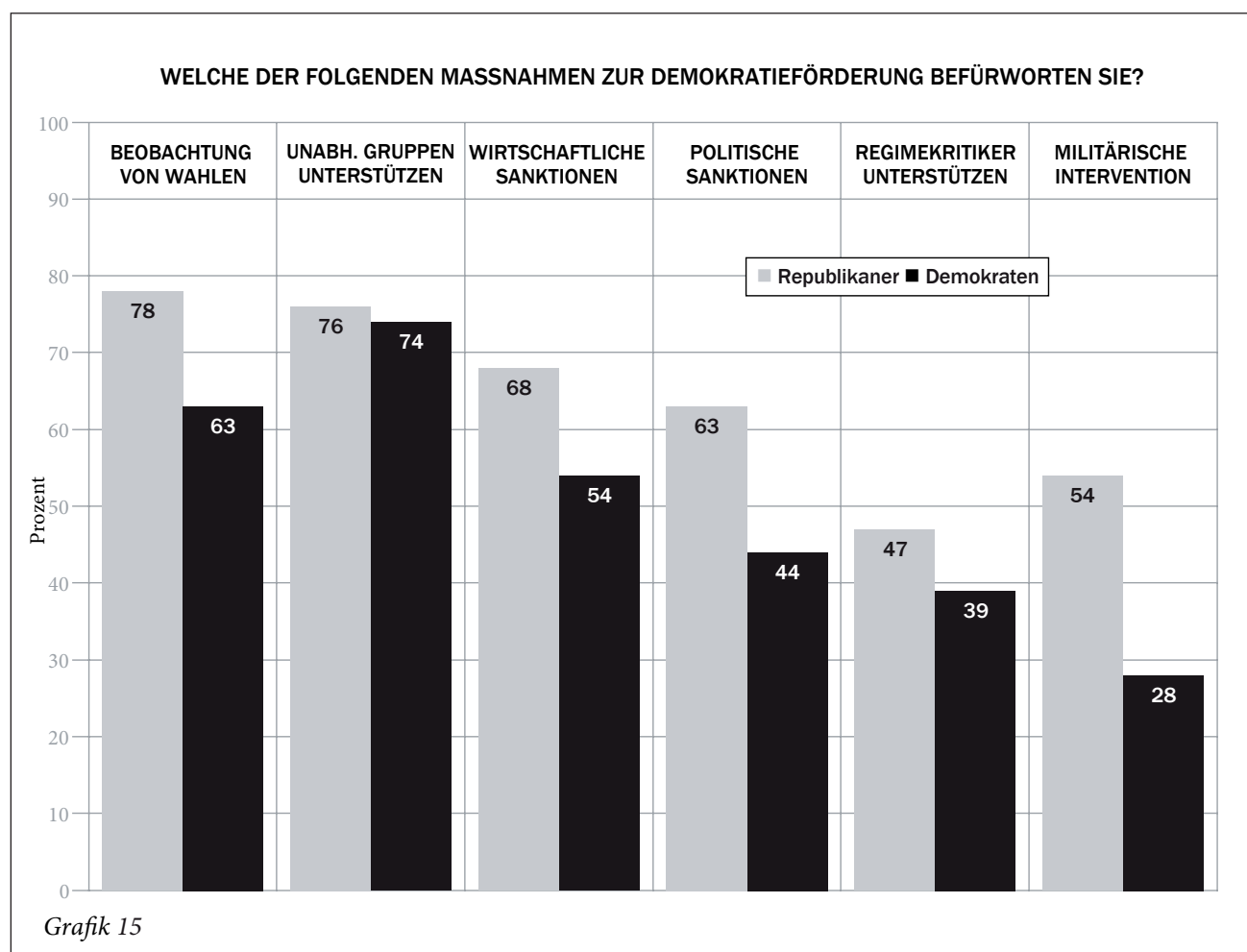
59% der Amerikaner und 60% der Europäer würden die Demokratieförderung selbst in solchen Ländern weiter unterstützen, die sich anschließend mit größerer Wahrscheinlichkeit der Politik der USA oder der EU entgegenstellen würden. Gefragt, ob sie auch noch dieser Ansicht wären, sollten diese Länder fundamentalistische islamische Führer wählen, stimmten 53% der Amerikaner zu. Die Zustimmung der Europäer sank nun hingegen auf 33%. Bemerkenswerterweise stimmten dem auch 54% der türkischen Befragten zu, fast genauso viele wie in den USA.

UNVEREINBARKEIT ZWISCHEN ISLAM UND DEMOKRATIE – ABER NUR FÜR BESTIMMTE ISLAMISCHE GRUPPEN

56% der Amerikaner und Europäer (Eu-12) meinen, dass die Werte des Islam nicht mit den demokratischen Werten ihres Landes vereinbar sind. Bei den Europäern finden sich diesbezüglich die höchsten Prozentsätze in Deutschland (67%),



der Slowakei (63%) sowie in Spanien und Italien (62%). Auch 45% der türkischen Befragten meinen die Werte des Islam seien nicht mit der Demokratie vereinbar. Ein Befund, der möglicherweise die lange Diskussion über den Säkularismus in der Türkei widerspiegelt. 60% der Amerikaner und Europäer (Eu-12), die dieser Ansicht sind, meinen, dass die Überzeugung bestimmter islamischer Gruppen, nicht aber der Islam an sich mit der Demokratie unvereinbar ist. Während in den USA große Anteile der Befragten parteiübergreifend die Werte des Islams für mit der Demokratie nicht vereinbar halten, ist diese Auffassung unter Republikanern (67%) ausgeprägter als unter Anhängern der Demokraten (47%). 66% der Demokraten und 59% der Republikaner stimmen zu, dass das Problem bei bestimmten islamischen Gruppierungen liegt.





IV. Eine Zeit des „Nachdenkens“ in Europa

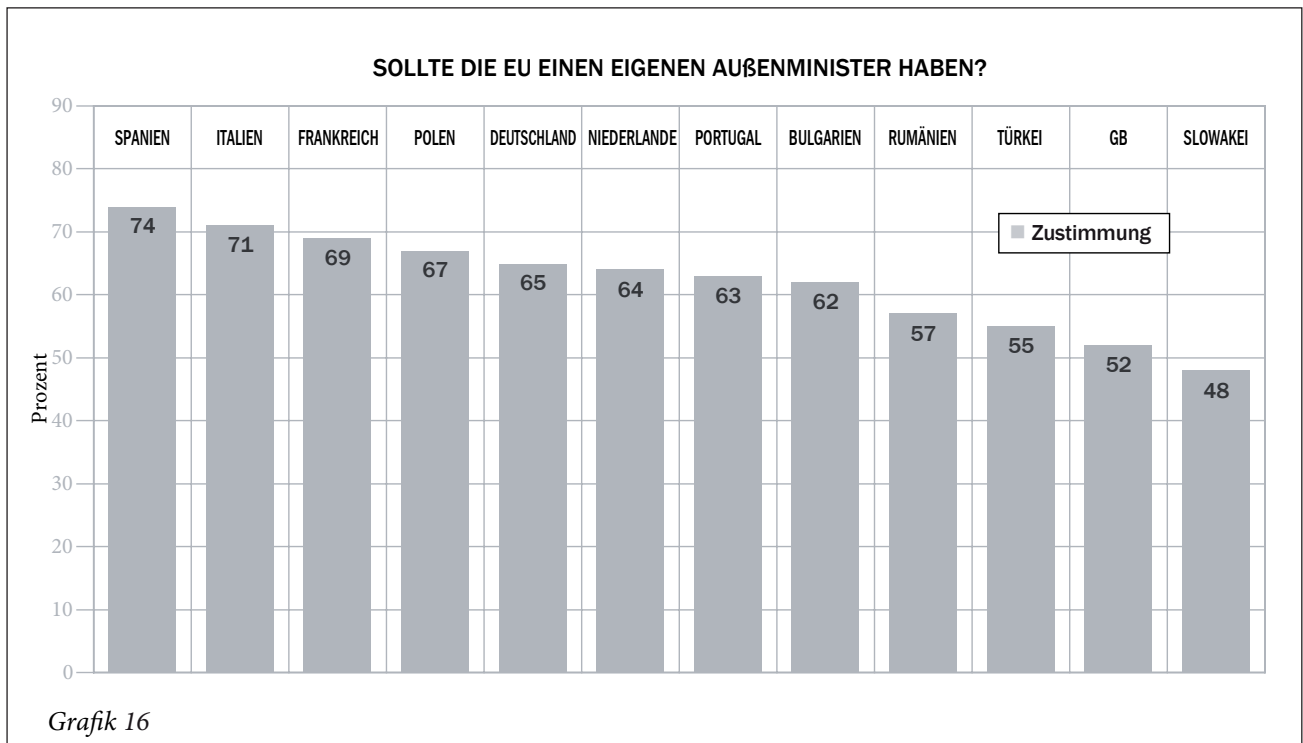
Seit der Ablehnung des Verfassungsvertragsentwurfs in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 befindet sich die Europäische Union in einer Phase des „Nachdenkens“ über ihre Zukunft. Die Ausschreitungen junger Immigranten der zweiten Generation in Frankreich im vergangenen Herbst warfen Fragen über Multikulturalität und Europas wirtschaftliche Aussichten auf. Die politischen Entscheidungsträger diskutierten über „Erweiterungsmüdigkeit“ und fragten sich, ob die EU weiter neue Mitglieder aufnehmen und gleichzeitig eine eigene Identität bewahren kann. Zwar rückte der EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens näher und wurden die Türkei und Kroatien zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingeladen, doch kamen Zweifel auf, wann die Türkei für den Beitritt gerüstet sein werde. Türkische Politiker hingegen warnten vor Frustrationen im Zusammenhang mit dem EU-

Beitritt, die das Land weiter von der EU und vom Westen entfernen könnten. Inwieweit haben diese weit verbreiteten Sorgen und Diskussionen die Einstellungen gegenüber der Rolle der EU in der internationalen Politik beeinflusst? Inwieweit sind die Europäer angesichts der starken Zustimmung zu einer globalen Führungsrolle der EU bereit, ihre Außenpolitik militärisch zu unterfüttern? Stehen die Europäer einer erneuten Erweiterung so skeptisch gegenüber wie ihre Politiker?

STARKE, ABER NACHLASSENDE ZUSTIMMUNG ZUR FÜHRUNGSROLLE DER EU IN DEN KERNMITGLIEDSTAATEN

Die allgemeine Unterstützung einer starken Führungsrolle der Europäischen Union in der internationalen Politik, ist seit 2002 sehr hoch geblieben. Hielten im Jahre 2002 81% der Befragten eine Führungsrolle der EU für wünschenswert,

weiter auf Seite 22



WENDET SICH DIE TÜRKEI VOM WESTEN AB?

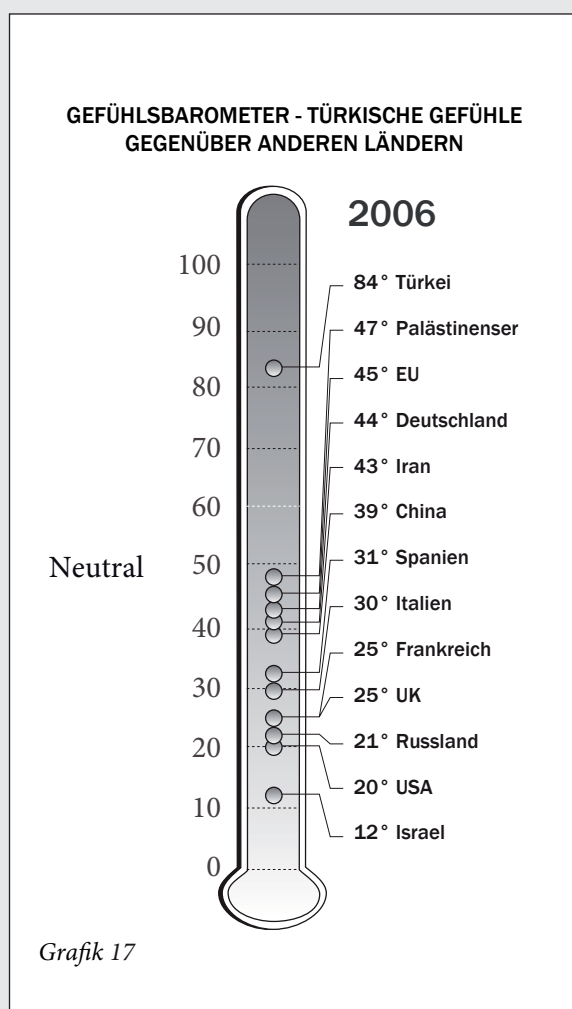
Der türkische Außenminister Abdullah Gül warnte kürzlich davor, dass die Türkei Gefahr laufe, sich von ihren traditionellen Bündnissen im Westen abzuwenden, und dass „gemäßigte Liberale [in der Türkei] antiamerikanisch und anti-EU werden“, vor allem „junge, dynamische, gebildete und wirtschaftlich aktive Menschen“. Zwar lud die Europäische Union die Türkei im Oktober 2005 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ein; doch die ersten Monate waren überschattet von Frustrationen angesichts der ungelösten Zypernfrage und der von einigen europäischen Politikern öffentlich artikulierten Skepsis über die Bewerbung der Türkei. Der Eindruck, dass die Türkei nicht willkommen sei, wurde zudem verstärkt durch eine im vergangenen Jahr vorgenommene Änderung der französischen Verfassung, die bei künftigen Erweiterungen (nach Rumänien und Bulgarien) ein Referendum vorsieht. Auch die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei sind angespannt, und die Türkei hat wiederholt ihre Sorge über die Instabilität an ihrer Grenze zum Irak und über die US-Politik im Nahen Osten zum Ausdruck gebracht. Lassen sich in dieser Zeit der Ungewissheit über die Zukunft der Türkei in der EU und ihre Nachbarschaftsbeziehungen Trends in der öffentlichen Meinung feststellen?

ABKÜHLUNG GEGENÜBER USA UND EU, ERWÄRMUNG GEGENÜBER IRAN

Die Gefühle der türkischen Befragten gegenüber den Vereinigten Staaten und Europa haben sich seit 2004 abgekühlt. Die positiven Gefühle gegenüber den USA gingen auf dem 100-Punkte-Thermometer von 28 im Jahr 2004 auf 20 im Jahr 2006, die gegenüber der EU von 52 auf 45 zurück. Im gleichen Zeitraum nahmen die positiven Gefühle der Türken gegenüber dem Iran von 34 auf 43 zu und die gegenüber den Palästinensern von 52 auf 47 ab (siehe Grafik 17).

POSITIVERE GEFÜHLE JÜNGERER TÜRKEN GEGENÜBER USA UND EU

Die jüngeren Türken sehen hingegen die Vereinigten Staaten und die Europäische Union positiver als der nationale Durchschnitt. Bei den 18- bis 24-Jährigen liegt der Wert gegenüber den USA bei 27 und gegenüber



⁸ „Anti-west backlash is gaining pace, warns Turkish minister“ (Antiwestliche Gegenbewegung breitet sich aus, warnt türkischer Minister), Financial Times, 20. Juli 2006, Seite 11.

der EU bei 48. Insgesamt korrelierten die positiven Gefühle gegenüber USA und EU negativ mit dem Alter, was nahe legt, dass die jüngeren Türken nicht antiamerikanischer oder antieuropäischer sind als die älteren Generationen.

SINKENDE ZUSTIMMUNG ZUR EU-MITGLIEDSCHAFT IN DER TÜRKEI

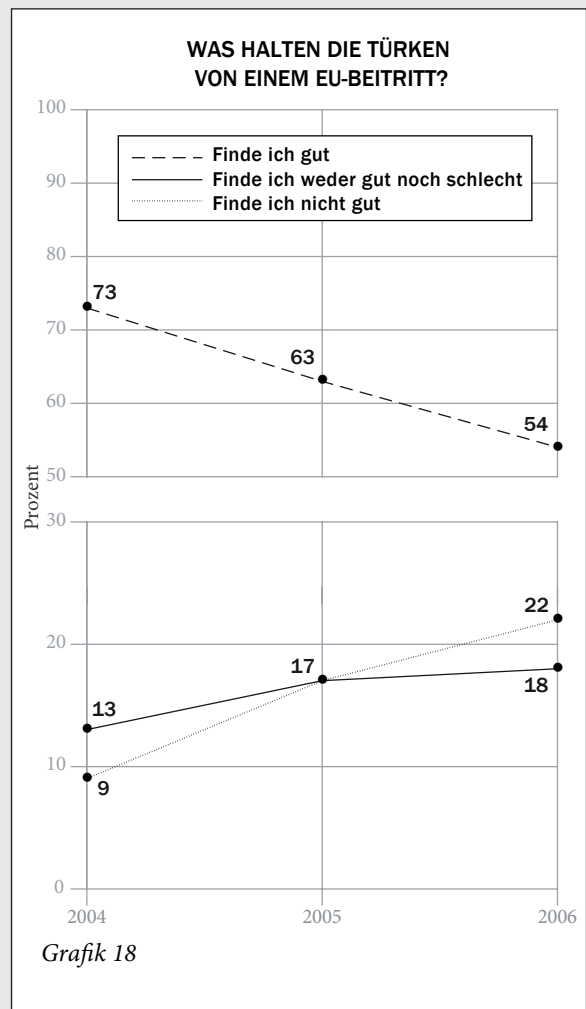
Eine Mehrheit der türkischen Befragten hält eine EU-Mitgliedschaft der Türkei nach wie vor für eine gute Sache. Doch der Prozentsatz der Türken, die dieser Meinung sind, ging in den letzten zwei Jahren von 73% (2004) auf 54% (2006) zurück. Dagegen stieg im gleichen Zeitraum der Prozentsatz der Befragten, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten, von 9% auf 22% (siehe Grafik 18).

TÜRKEN SIND SCHÄRFSTEN KRITIKER VON BUSH, UND SEHEN DIE EU MIT SKEPSIS

Unter den Europäern weist die Türkei die geringste Zustimmungskategorie zur internationalen Politik von US-Präsident Bush auf. Nur 7% der türkischen Befragten befürworten sie, 81% lehnen sie ab. Auch die stärkste negative Einstellung zur Führungsrolle der USA in der internationalen Politik findet sich in der Türkei. Hier halten 56% der Befragten die Führungsrolle der USA für „überhaupt nicht wünschenswert“. Gleichzeitig sank auch die türkische Zustimmung zu einer starken globalen Führungsrolle der EU von 50% im Jahr 2005 auf 35% im Jahr 2006.

ABWÄRTSTREND BEI DER TÜRKISCHEN ZUSTIMMUNG ZUR NATO

Stimmten im Jahre 2004 53% und 2005 noch 52% der türkischen Befragten der Aussage zu, die Nato sei für die Sicherheit der Türkei immer noch wesentlich, waren es im Jahre 2006 nur noch 44% - immerhin noch eine relative Mehrheit unter den Befragten.



Fortsetzung von Seite 20

so waren es 2006 immer noch 76%. Das Ausmaß dieser Zustimmung brach allerdings in einigen Gründungsstaaten der Europäischen Union beträchtlich ein. So ging der Prozentsatz der französischen Befragten, die eine EU-Führungsrolle als „sehr wünschenswert“ ansehen, von 40% (2002) auf 24% (2006) zurück. Gleichermäßen fiel die Zustimmung in Italien von 53% (2002) auf 31% (2006) und in den Niederlanden von 42% (2002) auf 36% (2006). Von den befragten Gründungsmitgliedstaaten blieb der Prozentsatz lediglich in Deutschland (27% im Jahr 2002 und 31% im Jahr 2006) weitgehend konstant.

BREITE ZUSTIMMUNG ZUM EU-AUSSENMINISTER

65% der Europäer stimmen einer der maßgeblichen Reformen im Verfassungsvertragsentwurf, der Einsetzung eines EU-Außenministers, auch dann zu, wenn ihr Land nicht immer mit den dann vertretenen Positionen übereinstimmen sollte. Am höchsten ist die Zustimmung in Spanien (74%) und Italien

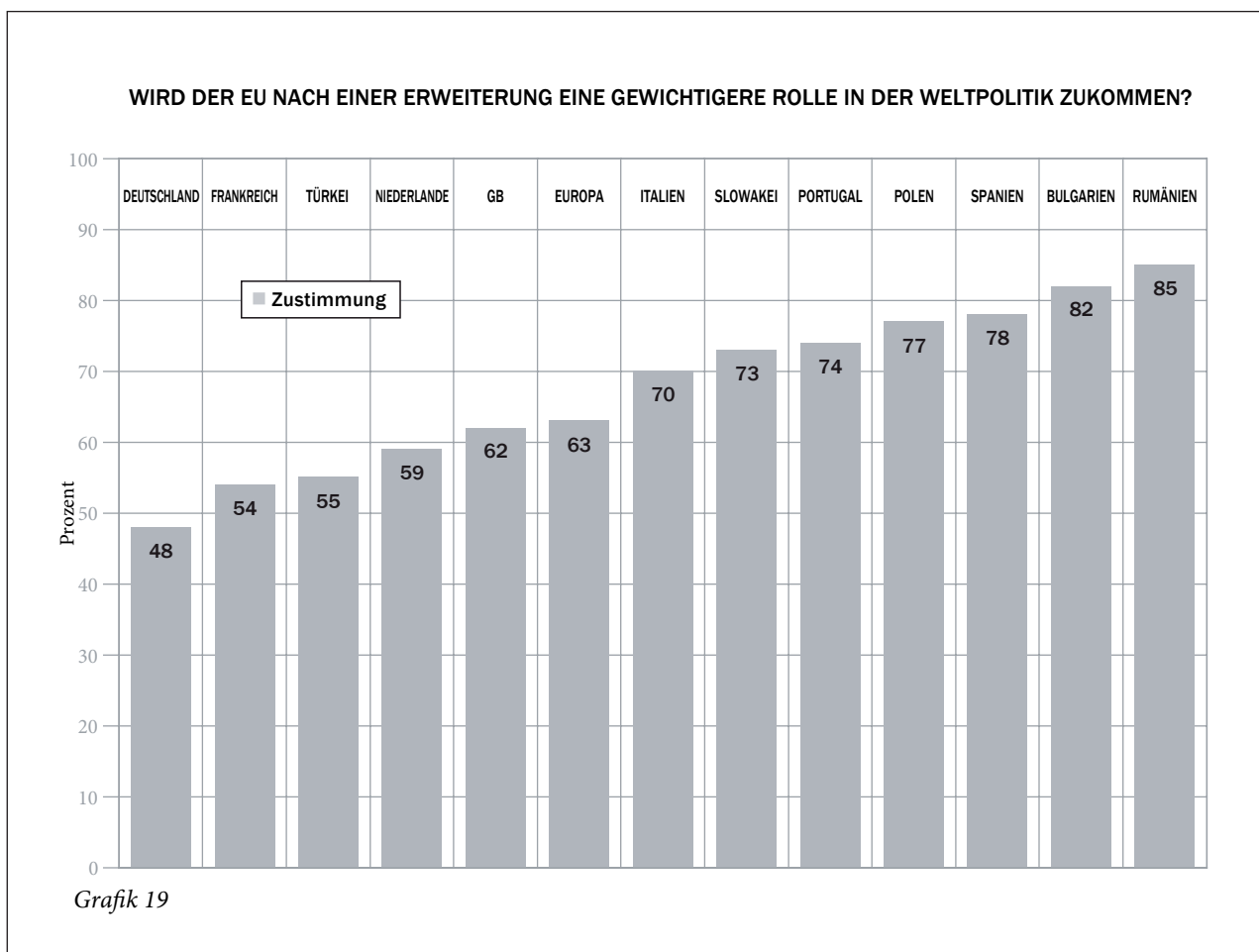
(71%), am niedrigsten im Vereinigten Königreich (52%) und in der Slowakei (48%) (siehe Grafik 16).

KONKURRIERENDE ANSICHTEN ÜBER DEN UMGANG MIT INTERNATIONALEN PROBLEMEN

Gefragt, ob die EU ihre militärischen Fähigkeiten verstärken sollte, um eine größere Rolle in der Welt zu spielen, stimmen 46% der Europäer zu und 51% nicht zu. Wie bereits frühere Transatlantic Trends-Umfragen nahegelegt haben, spiegelt der zu beobachtende Gegensatz konkurrierende Ansichten über die internationale Rolle der EU wider: zwischen den Befürwortern wirtschaftlicher Stärke und den Fürsprechern einer militärischen Stärkung. Die höchste Zustimmung zum Ausbau militärischer Macht findet sich in Portugal (68%), Frankreich (56%) und Polen (51%), die geringste in Deutschland (35%).

EUROPÄER SEHEN ERNEUTE ERWEITERUNG ALS STÄRKUNG FÜR DIE GLOBALE ROLLE DER EU

Eine Mehrheit der Europäer stimmt darin überein, dass eine



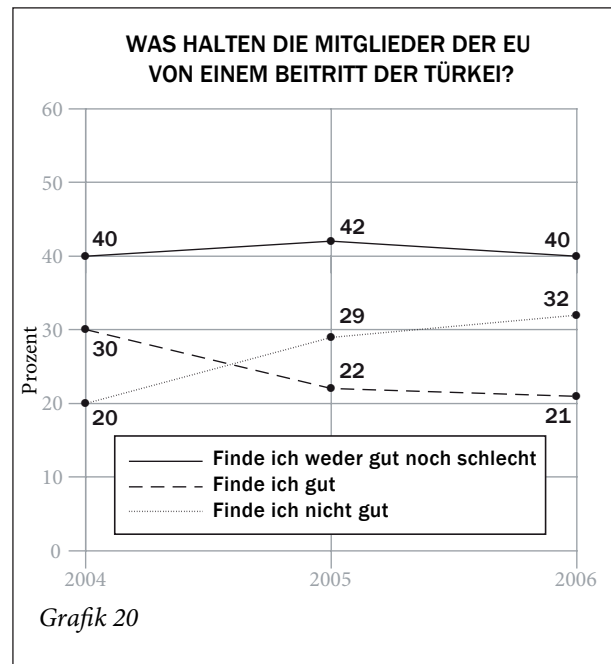
erneute Erweiterung der EU dieser helfen wird, eine wichtigere Rolle in der internationalen Politik zu spielen (63%). Die höchsten Prozentsätze weisen die beiden Länder auf, die der EU als Nächste beitreten sollen, Rumänien (85%) und Bulgarien (82%), gefolgt von Spanien (78%), Polen (77%), Portugal (74%) und der Slowakei (73%). Ähnlich ist eine Mehrheit der Europäer der Meinung, dass eine zusätzliche Erweiterung der Union Frieden und Demokratie in ihrer Nachbarschaft fördern wird (62%). Gleichzeitig meint aber eine Mehrheit der Europäer, eine erneute Erweiterung würde die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität erschweren (58%) (siehe Grafik 19).

OSTEUROPAS ÖFFENTLICHKEIT IST KEIN EINHEITLICHER BLOCK

Die befragten neuen und angehenden EU-Mitgliedstaaten - Bulgarien, Polen, die Slowakei und Rumänien – scheinen als Gruppe keine deutlich vom europäischen Durchschnitt abweichenden Ansichten über die EU oder die USA aufzuweisen. Die Anzahl der Polen und Rumänen, die eine starke Führung der EU in der internationalen Politik unterstützen (70% bzw. 66%), liegen nahe dem europäischen Durchschnitt von 76%, während die entsprechenden Prozentsätze in Bulgarien und der Slowakei (56% bzw. 50%) niedriger sind. Polen und Rumänien weisen aber andererseits die höchste Zustimmung zur Politik von US-Präsident Bush auf (40% bzw. 42%), während Bulgarien und die Slowakei (20% bzw. 23%) näher am europäischen Durchschnitt von 18% liegen.

NEGATIVE TRENDS IN EUROPA ZUM EU-BEITRITT DER TÜRKEI

Gefragt, ob die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht wäre, antwortete der größte Teil der Europäer weiterhin, dass sie weder gut noch schlecht sei (40%, seit 2004 unverändert). Bei den Befragten, die eine Mitgliedschaft der Türkei entweder als eine gute oder eine schlechte Sache bewerteten, kehrten sich die Prozentsätze allerdings um. Der Anteil der Befragten, die in der Mitgliedschaft der Türkei eine gute Sache sehen, sank in den letzten zwei Jahren kontinuierlich, von 30% im Jahr 2004 auf 21% im Jahr 2006, während gleichzeitig der Anteil der Befragten, die eine Mitgliedschaft der Türkei als eine schlechte Sache ansehen, von 20% (2004) auf 32% (2006) stieg. Der stärkste Anstieg einer den Beitritt der Türkei ableh-



nenden Haltung ist in der Slowakei (+21%), den Niederlanden (+18%) sowie in Deutschland und Spanien (jeweils +14%) zu verzeichnen (siehe Grafik 20).

AMERIKANER WEITER FÜR EINE STARKE FÜHRUNGSROLLE DER EU

Die Amerikaner stehen der Europäischen Union nach wie vor positiv gegenüber und stimmen einer starken Führungsrolle der EU in der Welt weiterhin zu. So stiegen die positiven Gefühle der Amerikaner gegenüber der EU zwischen 2002 und 2006 von 53 auf 60 auf dem 100-Punkte-Thermometer. 76% der Amerikaner unterstützen 2006 auch eine starke Führungsrolle der EU in der internationalen Politik (gegenüber 79% im Jahr 2002 beinahe unverändert). In dieser Frage besteht kein Unterschied zwischen den Parteien, da sowohl 75% der Republikaner als auch der Demokraten zustimmen.



V. Fazit

Obwohl das Ansehen der Vereinigten in Europa sich noch nicht ganz erholt hat, lassen die diesjährigen Transatlantic Trends darauf schließen, dass die Ansichten von Amerikanern und Europäern über internationale Bedrohungen und Herausforderungen nicht weit auseinander liegen. Im letzten Jahr ist die Furcht vor islamischem Fundamentalismus und Terrorismus auf beiden Seiten des Atlantiks gewachsen. Man ist sich weithin einig, dass die Bemühungen, den Iran vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten fortgesetzt werden müssen. Allerdings dürfte die Einigkeit zuende sein, falls der Einsatz militärischer Gewalt ernsthaft erwogen werden sollte. Der Iran könnte ein guter Ansatzpunkt zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik sein, da die öffentliche Meinung in Europa hier relativ einheitlich ist. Die Europäer sind allerdings nach wie vor geteilter Meinung darüber, wie und unter welchen Umständen Europa eine größere globale Rolle einnehmen sollte. Hinsichtlich der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit im Rahmen der Terrorbekämpfung, scheinen Amerikaner und Europäer weitgehend einer Meinung zu sein; innerhalb der USA dagegen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Republikanern und Demokraten finden. Während Chinas wachsende Stärke unterschiedlich eingeschätzt wird und mehr Amerikaner als Europäer über eine potenzielle militärische Bedrohung beunruhigt sind, zweifeln Mehrheiten auf beiden Seiten an der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie und sind sich einig, dass in erster Linie bestimmte islamische Gruppen für diese Probleme verantwortlich sind.

Die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten werden im Herbst auf dem Gipfel in Riga über die Zukunft der Nato diskutieren; in einer Zeit, in der in Europa eine nachlas-

sende Unterstützung für das Bündnis festzustellen ist. Für Entscheidungsträger ist dieser Trend umso beunruhigender, weil er von einem auffälligen Rückgang der öffentlichen Unterstützung bei traditionell starken Nato-Befürwortern wie Deutschland, Italien, Polen und der Türkei begleitet wird. Die öffentliche Unterstützung für die Nato ist jedoch, wie andere Studien zeigen, nach vergleichbaren Meinungstiefs in der Vergangenheit (im Zuge der Pershing-Raketen-Krise 1981, am Ende des kalten Krieges 1989 und während des Balkankrieges Mitte der 1990er Jahre) immer wieder angestiegen und könnte dies erneut tun.

Die Trends in der Türkei ergeben ein ernüchterndes Bild. Die Gefühle der türkischen Befragten gegenüber den USA und der EU scheinen sich abgekühlt zu haben, während sie gegenüber dem Iran positiver wurden. Die Zustimmung zur Nato ist ebenso wie die Zustimmung zum EU-Beitritt seit 2004 kontinuierlich zurückgegangen. Anders ist es nur bei jüngeren Türken. Sie sind gegenüber Nato und EU am positivsten eingestellt. Die amerikanischen und europäischen Beziehungen zur Türkei könnten sich in einer Zeit wachsender türkischer Frustration über den Fortgang ihrer EU-Beitrittsverhandlungen und über die Instabilität in der Region um die Türkei herum als entscheidend für die Aussichten der transatlantischen Bemühungen um Fortschritte im Nahen Osten erweisen.

Vorausblickend könnte die Kluft zwischen der verkündeten Verbesserung der transatlantischen Beziehungen auf offizieller Ebene und der anhaltend negativen Meinung in der europäischen Öffentlichkeit eine zeitliche Verzögerung in der Wahrnehmung von Veränderungen widerspiegeln, insbesondere wenn führende Politiker immer wieder ihren Wunsch äußern,

die rund um den Irak entstandene Bitterkeit hinter sich zu lassen. Auf der anderen Seite könnte die hartnäckig negative Meinung der Europäer über US-Präsident Bush aber auch darauf hindeuten, dass hier eine feste Meinung gebildet wurde und Veränderungen erst mit einem neuen Präsidenten nach 2008 möglich sein werden. Wir haben überdies die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern untersucht, um die Vielfalt der öffentlichen Meinungen in einer Reihe von Fragen aufzuzeigen. Es bestehen zudem Unterschiede quer durch das politische Spektrum und unter europäischen politischen Entscheidungsträgern, die wir in einem anderen verwandten Umfrageprojekt untersuchen. Die öffentliche Meinung ist nur einer von vielen Faktoren, die der Außenpolitik ihre Gestalt geben, aber ein Faktor, der unter bestimmten Umständen, etwa bei Wahlen, von großem Einfluss sein kann. Vor allem im Zusammenhang mit den Zwischenwahlen diesen Herbst in den USA und den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr in Frankreich versuchen Politiker, die öffentliche Stimmung und ihre Zustimmung zu künftiger Politik genau abzuschätzen.

⁹ European Elite Survey (Europäische Elite-Umfrage), ein Projekt der Compagnia di San Paolo. Zu den vollständigen Daten und Analysen siehe www.affarinternazionali.it



TRANSATLANTIC TRENDS

Notizen



TRANSATLANTIC TRENDS

Notizen